

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Bezugpreise:** Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einchl. Trägerlohn monatlich Goldmonat 1,00 RM. Postbezugsmonat 2,00 RM. einchl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Streifen/Abendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

**mit Handels- und Industrie-Zeitung**  
Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-L., Ferdinandstraße 4

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: die 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellungsgebühr und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 20 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachsch. nach Maßstab I oder II. Die Anzeigengebühr für 4 Zeilen 30 Rpf. auschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

**Postanschrift:** Dresden-L. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27951-27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriapl. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366  
**Postfach:** Dresden 2660 - Nichterlangte Einsendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entfallenden Anteils

Nr. 153 / 43. Jahrgang **Mit der Beilage „Die Frau in der Gegenwart“** Mittwoch, 10. Juli 1935

## Maßnahmen gegen Volksverheerung

Bekanntgabe der deutschen Marineneubauten 1935 - Abschluß der Reichstagung der NSD. „Kraft durch Freude“

### Ein Erlass Dr. Fricks

Schutz dem Gesetz zur Verhütung erkrankten Nachwuchses

DNB, Berlin, 9. Juli  
In letzter Zeit war wiederholt festzustellen, daß der Widerstand, den einzelne Kreise gewissen auf nationalsozialistischer Weltanschauung beruhenden Gesetzen des Reiches entgegenzusetzen, systematisch organisiert worden ist. Eine solche Opposition, wie zum Beispiel gegen das Gesetz zur Verhütung erkrankten Nachwuchses, entspricht nicht so sehr einer Ablehnung des Grundgedankens, der bekanntlich in zahlreichen anderen Ländern bereits Zustimmung und Nachahmung gefunden hat, als vielmehr oft lediglich dem Wunsch, mit dem Widerstand gegen das Gesetz auch die nationalsozialistische Bewegung zu treffen und das erwachende Kollektbewußtsein des Volkes zu unterbinden.

Der Reichs- und preussische Minister des Innern hat, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, in einem Erlass an die zuständigen Behörden darauf hingewiesen, daß einer Opposition gegen das Gesetz energisch entgegenzutreten, und in den bekunntwerdenden Fällen Strafanzeige wegen Verstoßes gegen § 110 des Reichsstrafgesetzbuches oder gegen das Gesetz gegen heimtückliche Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiaktoren vom 20. Dezember 1934 (Reichsgesetzblatt I, Seite 1289) zu erlassen ist.

In dem Erlass wird besonders hervorgehoben, daß auch die Aufforderung, die unter dem Gesetz fallenden Personen sollten den gesetzlichen Geboten in Verfahren auf Unfruchtbarmachung nicht freiwillig nachkommen, vielmehr nur dem unmittelbaren polizeilichen Zwange weichen, als eine Opposition gegen das Gesetz anzusehen ist.

In diesem Zusammenhang weist der Reichs- und preussische Minister des Innern darauf hin, daß das für alle geltende Gesetz zur Verhütung erkrankten Nachwuchses auch nach den Bestimmungen des Konkordats von jedem deutschen Katholiken zu beachten ist.

### Der Führer in Nürnberg

Nürnberg, 9. Juli. (Durch Funkpruch.) Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler befuhrte die Durchfahrt Nürnberg und besichtigte am Dienstagvormittag die Neuanlagen auf dem Reichsparteitagsgelände.

### Vorbereitungen für den 14. Juli

Außerordentlicher Ministerrat in Paris  
Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 9. Juli  
Die französische Regierung tritt heute zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammen, der vor allem der innenpolitischen Lage und der Festlegung der Ordnungsmassnahmen für den 14. Juli gewidmet sein soll. Am Nationalfeiertag des 14. Juli wollen bekanntlich sowohl die nationalen Verbände wie auch die „Vollfront“ der Linksparteien in Paris große Kundgebungen veranstalten. Wie verlautet, hat sich der Innenminister Vaganon bereits mit den Organisatoren der Kundgebung dahin geeinigt, daß keine Berührung zwischen den beiden Lagern stattfinden soll. Die nationalen Verbände ver sammeln sich im Westen von Paris am Triumpfbogen, die „Vollfront“ marschieren im Osten von Paris auf, am Bastilleplatz. Ob damit alle Zwischenfälle verhindert werden, ist natürlich sehr unsicher. Starke Polizeianstalten sollen den „neutralen Zwischenraum“ besetzen. Die Regierung glaubt daher anknüpfen zu können, daß der 14. Juli in Ruhe und Ordnung ablaufen wird.

Gleichzeitig soll in diesem Jahre die große Parade der Garnison von Paris einen besonderen Umfang annehmen. Es sollen diesmal nicht nur einzelne Regimenter, sondern tatsächlich die gesamte Garnison. An der militärischen Parade wird in diesem Jahr auch die französische Luftwaffe in größerem Umfang teilnehmen. Der Luftfahrtminister hat angedeutet, daß nicht weniger als 600 Militärflugzeuge aller Art, und zwar Jagdflugzeuge, Bomber und Beobachtungsflugzeuge, in geschlossenen Formationen bei der Parade teilnehmen.

### Der Führer bei den Soldaten



Der Führer (links neben ihm Generaloberst v. Blomberg) bei der Generalinspektion der Wehrmacht in Großsiedlitz

(Kurzgefaßter Bericht über den letzten Tag der Übung und weitere Bilder finden sich auf Seite 5)

### Die Gründe für die Flottenbauten

Der zweite Schritt nach dem deutsch-englischen Abkommen  
Bericht unserer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 9. Juli  
Die Ankündigung der deutschen Flottenbauten (siehe die Meldung auf Seite 5 dieser Ausgabe) kann niemandem überraschen. Diese Selbstverständlichkeit muß mit voller Absicht ausgesprochen werden, da vielmehr eine gewisse Auslandspresse, die sich von ihrer Voreingenommenheit gegen Deutschland noch immer nicht freimachen konnte oder nicht freimachen wollte, von neuem das Spiel beginnen wird, Erklärungen und Enttäuschungen an den Tag zu legen. Der deutsch-englische Flottenvertrag hat die Größe unserer zukünftigen Kriegsmarine eindeutig und endgültig im Verhältnis zur Größe der englischen Marine festgelegt. In dem Abkommen ist dieses Verhältnis lediglich allgemein angedeutet worden, nämlich mit dem Wert 35 zu 100. Der nächste Schritt mußte also naturgemäß die Aufstellung genauer Zahlen für die einzelnen Schiffsklassen durch Deutschland sein.

Ueber diese Dinge ist in den letzten Wochen in London noch eingehend verhandelt worden. Auch die Einzelheiten des deutschen Bauprogramms sind also in enger Fühlung mit der britischen Regierung bekanntgegeben worden.

Das Programm ist nicht allein nach militärischen, sondern vor allem auch nach politischen Gesichtspunkten ausgearbeitet worden. Es war einmal erforderlich, den Grundlag der Gleichberechtigung und der Sicherheit und die Notwendigkeiten zu berücksichtigen, die für die Verteidigung und den Schutz unserer Küsten und Gewässer bestehen. Den Grundlag der Gleichberechtigung und Sicherheit für Deutschland auf diesem Gebiete zu verwirklichen, war ja der Sinn und das Ziel der deutsch-englischen Flottenbesprechungen. Auf der anderen Seite sind wir in allen Schiffsklassen zum Teil sogar erheblich unter den Maximalgrößen für die Schiffe und ihre Bestückung geblieben, die in den Verträgen von Washington und London vereinbart worden sind. Die Reichsregierung hat also in dieser Hinsicht alles getan, um künftig weitere Verstärkungen über die Sicherheit des

europäischen Friedens nicht zu hören, sondern den Weg zu ihnen freizulassen.

### Die Aufnahme in der Londoner Presse

London, 9. Juli  
Das deutsche Flottenbauprogramm für 1935 bildet die Hauptmeldung in der Londoner Morgenpresse. „Reichs Chronicle“ spricht von einer Sensation und findet, daß der „geheime Bau von Kriegsschiffen“ dem Verfall der Vertrag widerspreche. Dieser Punkt wird auch vom „Daily Herald“ hervorgehoben. Für den „Daily Telegraph“ enthält das Programm viele Überraschungen. Diese bekunden, wie der Marineminister ausführt, in den großen Zerstörern und der beträchtlichen Anzahl von U-Booten. Der Parlamentarier des „Daily Express“ bemerkt, die britischen Verbände hätten schon seit langem geglaubt, daß die beiden dieser Jahr im Bau befindlichen Schlachtschiffe tatsächlich 20.000-Tonnen-Fahrzeuge seien. Das U-Boot-Programm mache auf den ersten Blick einen sehr verblüffenden Eindruck, aber es umfasse insgesamt nur 8500 Tonnen, verglichen mit den 70.000 bis 90.000 Tonnen der großen Kriegsschiffe der Welt.

### Pariser Pressestimmen

Paris, 9. Juli  
Das deutsche Flottenbauprogramm für 1935 wird nach dem „Echo de Paris“ in Paris als „übermäßig“ bezeichnet. Alles weist darauf hin, daß unter diesen Umständen die französische Regierung keine Schwerehandlungen nach London entsenden werde, um über das Flottenbauprogramm zu verhandeln. Die Wirtschaftszeitung „Agence économique et financière“ behauptet, daß das deutsche Flottenbauprogramm gegen Frankreich gerichtet sei. Die deutschen Bauten und deren schnelles Fortschreiten hätten die französische Admiralität vor eine völlig neue Lage, wodurch eine Revision und Erweiterung des französischen Flottenbauprogramms notwendig werden könnte.

### Feinde des Staates

Zwei katholische Geistliche in Dresden verhaftet  
Dresden, 9. Juli

Die Polizei ist einer Gruppe von Personen auf die Spur gekommen, die sich dazu hergeben haben, Material, das ihnen ein früherer SPD-Mitglied zur Verfügung stellte, zu verbreiten. In der Angelegenheit, die rechtslos geklärt werden konnte, wurden acht Personen in Haft genommen. Unter ihnen befanden sich zwei katholische Geistliche. Der frühere Marxist hatte vermutet, daß er in katholischen Kreisen willige Abnehmer für seine Geschäfte finden werde und geriet auf dieser Suche auch an Pfarrer Schwarz (Dresden-Johannstadt) und an Pfarrer Kenter (Dresden-Neustadt, Albertplatz). Es ist festzustellen worden, daß Kaplan Kenter große Mengen solcher Geschäfte erhalten hat, die er bereitwillig annahm und an katholische Kreise weitergab.

Der deutsche Volksgenosse, der offenen Kugeln und Dergleichen die nationalsozialistische Revolution erleidet hat, der sich an zahllosen Einzelbeispielen immer wieder den Unterschied zwischen dem Heute und dem Früher klar macht und der im übrigen still und ordentlich überall seine Pflicht tut und darin nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit sieht — dieser deutsche Volksgenosse also, dessen Haltung ohne Zweifel auch die Haltung der ganz großen Mehrheit des deutschen Volkes überhaupt ist, mag manchmal etwas erkaunt gewesen sein, wenn er bei irgendwelchen Rundgebeten die Warnungen hörte vor den Menschen, die auch jetzt noch gegen den Staat und die Bewegung hegen und wühlen. Seinem gesunden Menschenverstand wollte es nicht einfallen, daß es tatsächlich noch solche Dinge geben sollte. Wenn er aber einmal sorgfältig überlegte und sich die über jene Äußerung, das oder jene Gerücht, das ihm in harmlosem Gewande an Ohren gekommen war, mit dem wahrgewordenen Sinn des Argwohn näher betrachtete, dann wird er vielleicht doch etwas staunig geworden sein. Wanderte er Ereignisse der letzten Wochen müssen ihn vollends überzeugen haben, daß diese Warnungen berechtigt und notwendig waren. Die Heber haben wirklich noch nicht ihre schmutzigen Handwerke aufgegeben. Feindschaft gegen den Staat äußert sich immer noch. Und sie traut sich sogar seit einiger Zeit fühner als Tageslicht als im Anfang.

Aus verschiedenen Quellen fließt das Treiben der Staatsfeinde. Hier sind es marxistische Ueberbleibsel, die künstlich von der Emigration am Leben erhalten werden, dort sind es reaktionäre Kräfte, denen es nicht einleuchtet will, daß die Zeit ihres Einflusses längst vorbei ist. Ihnen allen voran aber stehen jene Dunkelmänner, die sich das Mantelkleid religiöser Gewissenspflichten umhängen und glauben, in dieser Formung ungehindert ihren Verblüden freien Lauf lassen zu können. Was binnen kurzer Zeit sich Angehörige der katholischen Kirche auf diesem Gebiete geleistet haben, ist so ungläublich und unerhört, daß man mehr ganz deutlich mit ihnen gesprochen werden muß. Der Reichsinnenminister Dr. Frick hat das am Sonntagabend in Münster getan. Er hat die Annahme des Bischofs Clemens August von Münster so entschieden zurückgewiesen, wie es notwendig war, und er hat seinen Zweifel darüber geäußert, daß die Reichsregierung nicht gesonnen ist, weiterhin eine derartige Sabotage zu dulden. „Der nationalsozialistische Staat wird es sich nicht gefallen lassen, daß in dieser Weise mit den Lebensinteressen der deutschen Nation Schindluder getrieben wird.“ Man konnte geteilt meinen, daß mit diesen Erklärungen des Reichsinnenministers alles gesagt wäre und daß sie genügen würden, um die Wähler zurückzuführen. Der Fall der beiden Dresdner katholischen Geistlichen aber zerstört diese Hoffnung und macht es erforderlich, daß noch ein Wort zu allen diesen Menschenhalten zu sagen.

Dieser Dresdner Fall wird es den Leuten, die immer und überall ein Wort der „Erklärung“ und das heißt der Entschuldigung finden, unendlich machen, nach dieser ihrer Methode zu verfahren. Der Sachverhalt ist vollkommen klar, und er ist anzusehen erschütternd. Die beiden Pfarrer Schwarz und Kenter haben im vollen Bewußtsein des Verdrachlichen ihrer Handlungswelt marxistische Volkverräter bei der Verbreitung ihrer Geschäfte unterstützt. Die marxistischen Heber wußten wohl, warum sie sich gerade an katholische Pfarrer wandten. Sie sahen einfach voraus, daß auch diese ebenso wie sie selbst Feinde des neuen Staates seien. Man müßte das als größtmögliche Feindschaft, als Wahnsinn sogar bezeichnen — aber der Erfolg hat ihnen ja recht gegeben. Marxisten, die